

Ag CIA EA

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Bundesräte Markus Leinfellner, Christoph Steiner, Andreas Arthur Spanring,
Marlies Doppler
und weiterer Bundesräte
betreffend **Rücktritt der Bundesregierung**

eingebraucht im Zuge der 958. Sitzung des Bundesrats, am 05. Oktober 2023, in der Debatte über die dringliche Anfrage der Bundesräte Christoph Steiner, Andreas Arthur Spanring und weiterer Bundesräte an den Bundeskanzler betreffend Was haben die Grünen gegen Sie in der Hand, Herr Bundeskanzler?

Die Versagensliste der Bundesregierung:

1. Das Versagen, den Terroranschlag vom 2. November 2020 nicht verhindert zu haben
2. Das unverhältnismässige Vorgehen gegen Bürger bei der Durchsetzung der teilweise verfassungs- und gesetzeswidrigen Corona-Massnahmen (als Beispiel: Durchsuchung einer Handtasche einer Mutter, die für ihr Kind in einem Supermarkt Schulhefte kaufte)
3. Der Befehl an die Polizei, massiv mit Einkesselung sowie mit willkürlichen Strafanzeigen gegen die eigenen Bürger, die gegen die Grund- und Freiheitsrechte einschränkenden Massnahmen der Bundesregierung demonstrierten, vorzugehen
4. Kaum bis keine Abschiebung von illegalen Migranten und Migranten mit negativem Asylbescheid, selbst mit Vorstrafen wegen Gewaltdelikten wie Vergewaltigung, Mord, Totschlag, Raub usw. (z.B. Fall Leonie)
5. Versagen beim Grenzschutz gegen illegale Migration, weil Kontrollen, Schikanen und Strafanzeigen gegen Bürger wichtiger scheinen
6. Keine Auszahlung von Corona-Fördergeldern an viele Corona-Massnahmengeschädigte EPU's und KMUs, obwohl schon vor Monaten beantragt
7. Keine Rückzahlung von Strafen, die aufgrund von verfassungswidrigen Gesetzen und gesetzeswidrigen Verordnungen von den Bürgern eingehoben wurden
8. Schikane von unbescholtenen Bürgern, die ihrem verfassungsmässig gewährten Grundrecht der Versammlungsfreiheit nachgingen
9. Denunzierung und Herabwürdigung namhafter Wissenschaftler und Experten, die der Regierungspropaganda und der Massnahmenpolitik der Regierung und der bezahlten Regierungsmedien widersprachen

10. Anstieg von Suizid-Fällen bei Kindern und Jugendlichen aufgrund der schikanösen Einschnitte in ihre Bewegungs- und Entfaltungsfreiheiten durch überbordende Corona-Maßnahmen
11. Impfpflicht, obwohl längst bekannt war, dass die Impfstoffe nur unzureichend wirken und mit massiven Nebenwirkungen verbunden sind
12. Regierung schickt die Bevölkerung in den Lockdown und feiert beim ORF eine After-Show-Corona-Party
13. Aufrechterhaltung der COVID-19-Maßnahmen, obwohl ersichtlich war und ist, dass der schwedische Weg zur Coronabekämpfung der richtige war und ist
14. 225 Millionen Euro für Regierungswerbung in den Medien im Jahr 2021 ausgegeben
15. Bejubeln von EU-Zensurgesetzen durch die Verfassungsministerin
16. Unreflektierte Unterwerfung unter die Vorgaben globalistischer Eliten, zum Beispiel die „Sustainable Development Goals“ im Rahmen der „Agenda 2030“ der Vereinten Nationen
17. Aufgabe der nationalen Souveränität in vielen Bereichen, derzeit etwa durch die offenkundige Unterstützung des Pandemievertrags der WHO, durch den die Nationalstaaten bei künftigen Gesundheitskrisen völlig entmachtet werden sollen
18. Explosion von Energie- und Treibstoffpreisen: Treibstoff wird zum Luxusgut und Wohnen wird unleistbar
19. Teuerung von Nahrungsmitteln, insbesondere Grundnahrungsmittel wie Brot, Milch, Butter Fleisch, Eier, Gemüse, Salat, Topfen usw.
20. Mehrkosten von 557 Euro und mehr pro Haushalt im heurigen Jahr durch Teuerung
21. Belastung der heimischen Wirtschaft und Gefährdung von Arbeitsplätzen durch dramatische Energiepreissituation
22. Befeuerung der Teuerung und Energiearmut durch CO₂-Steuer
23. Profit der türkis-grünen Regierung durch enorme Steuermehreinnahmen und Dividenden, während Heizen und Autofahren unleistbar werden
24. Ergebnislose Arbeitssitzungen und Preiskommissionen mit wenig Substanz durch türkis-grüne Ankündigungsgipfel
25. Türkis-grüner Zynismus auf dem Rücken der Endverbraucher: ÖVP und Grüne beschließen Energieberatung für Verbraucher „zum Schutz vor kalten oder dunklen Wohnungen“

26. Türkis-grünes Tohuwabohu bei Umsetzung des Energiekostenausgleichs
27. Zustimmung von ÖVP und Grünen zu EU-Ölembargo als „Schuss ins Knie“ und Verursachung weiterer Teuerungen
28. Aufgabe der Neutralität Österreichs, um der NATO und den USA zu gefallen
29. Aufgrund des Kriegs in der Ukraine versprochene Budgetaufstockung des Bundesheeres nicht eingehalten
30. Fünfzehn Regierungsumbildungen in nicht einmal zweieinhalb Jahren
31. Drei Bundeskanzler innerhalb eines Jahres
32. Verhätschelung der Klimaextremisten, die arbeitende Bürger und Einsatzorganisationen dabei behindern, ihre Aufgaben und ihrer Arbeit nachzukommen
33. Sanierungszwang durch die EU unterstützt durch diese Bundesregierung
34. Zustimmung zum Verbot des Verbrennungsmotors
35. Zulassen von Präsentationen von sexuellen anormalen Orientierungen durch Lesungen von Dragqueens in Volksschulen und Kindergärten
36. Abgehobene Gender-Politik
37. Umweltministerin, die Reiseeinschränkungen und Einschränkungen des Individualverkehrs den Bürger auferlegt und auferlegen will, selbst aber mit Privatjets fliegt
38. Eine Regierungspartei, die einen Untersuchungsausschuss gegen den eigenen Koalitionspartner vorbereitet
39. Verhöhnung von alleinerziehenden Müttern oder Vätern sowie Familien an und unter der Armutsgrenze durch den Bundeskanzler
40. Weiteres Anheizen der Inflation durch die eigene Politik, wodurch die österreichische Wirtschaft in die Rezession geführt wird
41. Weiteres Zulassen und Fördern der illegalen Migration auch 2023
42. Massiver Anstieg von Morden an Frauen
43. Keine Abschiebung von verurteilten Asylwerbern und Asylberechtigten
44. Keine Entlastung des Strafvollzugs durch bilaterale Verträge mit Drittstaaten über die Verbüßung der Strafe im Herkunftsland („Haft in der Heimat“)
45. Kein entschlossenes Entgegenreten gegen Kindesmissbrauch

- 46. Versagen beim notwendigen Ausbau einer psychologischen Betreuung von Kindern und Jugendlichen, die durch die Corona-Maßnahmen schwer geschädigt wurden
- 47. Keine Aufarbeitung der Coronamaßnahmen und ihren Folgen
- 48. Massiver Pflegenotstand
- 49. Dramatischer Ärztemangel
- 50. Taumeln von einem Chaos in das nächste

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Der Bundeskanzler wird aufgefordert, im Interesse Österreichs, dem Bundespräsidenten seinen Rücktritt sowie den Rücktritt der gesamten Bundesregierung anzubieten.“


(SKINER)


(LEINWEBER)


(SPANRING)

Doppler